

SPD – Fraktion im Rat der Stadt Mönchengladbach

Entwurf

Etatrede 2013

„Gladbach verändert sich zum Guten“

Rat der Stadt Mönchengladbach

19.12.2012

SPD – Fraktionsvorsitzender Lothar Beine

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede,

wenn wir heute den Haushalt 2013 beschließen, so sind das für die Ratsmitglieder, aber auch für die Verwaltung nach dem Haushalt 2012 im März und dem HSP im September die dritten Haushaltsberatungen in diesem Jahr. Zudem haben die Beratungen des HSP und die des jetzigen Haushalts 2013 unter nie gekanntem Zeitdruck stattgefunden. Immensen Zeitdruck für die Verwaltung, aber auch für die Politik.

Ich möchte mich deshalb ganz bewusst zuerst bei der Verwaltung mit dem Kämmerer an der Spitze sowie den anwesenden Vertretern der Kämmerer, Herrn Acker und Frau Narres, für die geleistete Arbeit bedanken und Sie bitten, diesen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter zu geben. Wir wissen, was Sie geleistet haben!

Bedanken möchte ich mich aber auch mal bei den Kolleginnen und Kollegen im Rat. Die Belastung insbesondere durch die Haushaltsberatungen in diesem Jahr ist mit Sicherheit für viele von uns an die Grenze des Zumutbaren gegangen – manchmal sicher auch noch darüber hinaus. Ich habe den Eindruck, dass viele Menschen in der Stadt, aber durchaus

auch die Medien, oftmals vergessen, dass die Ratstätigkeit als Ehrenamt ausgeübt wird. Neben Beruf und neben Familie.

Und da wir gerade vom Ehrenamt sprechen: Bedanken möchte ich mich im Namen der SPD – Fraktion insbesondere auch bei den vielen Ehrenamtlern in unserer Stadt: Mit ihrem hervorragendem Engagement tragen sie dazu bei, dass es vieles, was für uns in Mönchengladbach wichtig und wertvoll ist, sonst nicht geben würde. Müssten wir diese ehrenamtliche Arbeit als Stadt bezahlen, wären wir längst pleite. Wenn wir heute über den Haushalt der Stadt reden, sehen wir unter finanziellen Gesichtspunkten eine arme Stadt. Betrachten wir aber das ehrenamtliche Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger, ist unsere Stadt eine reiche Stadt.

Deshalb ist es der SPD – Fraktion auch wichtig, dass wir nicht in den sogenannten „Sonntagsreden“ das Ehrenamt hochleben lassen, und dann z.B. bei Haushalts- oder HSP – Beratungen gerade in diesen Bereichen streichen. Wir wollen diese wertvollen ehrenamtlichen Strukturen erhalten und haben auch gerade deshalb beim HSP und auch jetzt im Haushalt 2013 auf Kürzungen in diesen Bereichen weitgehend verzichtet bzw. vorgesehene Kürzungen zurückgenommen.

Die Haushaltsberatungen 2013 zeigen nur wenige Änderungen durch die Politik auf. Es wäre aber ein Trugschluss, daraus zu schließen, dass deshalb nicht sehr intensive Beratungen stattgefunden haben. Für die SPD – Fraktion kann ich jedenfalls sagen, dass die Beratungen intensiv und umfangreich waren. Wir haben uns aber letzten Endes angesichts der vorangegangenen Beratungen in diesem Jahr darauf verständigt, die mit der Verabschiedung des HSP festgelegte Linie weiter zu fahren.

Und diese Linie, der wir folgen, heißt:

Wir wollen erstmals den Haushaltsausgleich im Jahr 2018 mit Hilfe des Landes und allein ab dem Jahr 2021 schaffen! Und wir wollen ab den Jahren 2014/15 keine neuen Kassenkredite mehr aufnehmen. Im Gegenteil: wir wollen ab diesem Zeitpunkt die Verschuldung zurückfahren!

Und wir sind uns in der SPD – Fraktion ganz sicher: wir wollen und wir werden diese Ziele erreichen!

Ja, es ist richtig, dass sich bei dem eingebrachten Haushalt einige Daten seit Verabschiedung des HSP verschlechtert haben. Und ja, es ist richtig, dass das Land NRW beabsichtigt, Zahlungen aus dem Stärkungspakt in nicht geringer Höhe zu kürzen.

Die Zahlen des Haushaltes 2013 zeigen aber, dass wir in der Spur sind.

Es hat sich als gut erwiesen, dass wir bereits im HSP bei Zurücknahme der Kürzungen nicht an die Grenzen dessen gegangen sind, was nach den vorliegenden Zahlen möglich gewesen wäre. Wir haben die Risiken durchaus gesehen und deshalb etwas Luft gelassen.

Und die SPD – Fraktion unterstützt auch weiterhin die Linie des Kämmerers, der unseres Erachtens gerade bei den Einnahmeerwartungen einen zurückhaltenden Kurs fährt. Gerade wenn wir uns die Gewerbesteuererinnahmen ansehen, sind angesichts der sehr positiven Entwicklungen in diesem Jahr Risiken z.B. hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung ausreichend berücksichtigt. Wir sind hier nicht an die Grenzen des Möglichen gegangen. Und der Kämmerer hat diesbezüglich deutlich gemacht, dass er hierbei die Unterstützung der GPA hat.

Ich sage für die SPD – Fraktion nochmal deutlich: gerade die Erhöhungen der Steuern ist uns nicht leichtgefallen. Aber in der von der Gestaltungsmehrheit beschlossenen Höhe halten wir sie für zumutbar, um das über allem stehende Ziel zu erreichen: den Haushaltsausgleich und damit wieder die Handlungsfähigkeit zu erreichen.

Deshalb war es populistisch von der CDU in der Finanzausschusssitzung, die Rücknahme dieser Steuererhöhungen zu fordern. Ich denke, die CDU täte sehr gut daran, endlich Verantwortung für unsere Stadt zu übernehmen! Ich verstehe ja, wenn sie die Mehrheit in politische Schwierigkeiten bringen wollen, meine Damen und Herren der Union. Das haben Sie mit ihrer Arbeit in den über drei Jahren bisher aber nicht geschafft.

Aber es hört dann auf, wenn die CDU unsere Stadt in Schwierigkeiten bringen will! In anderen Städten sieht es beim HSP so aus, dass es große Mehrheiten beim gemeinsamen Ziel gibt, aus dem finanziellen Desaster zu kommen und den Haushaltsausgleich zu schaffen. Mir ist bei der CDU im Land nur die in unserer Stadt bekannt, die sich so verantwortungslos verhält. Sie sollten sich, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Union, endlich ihrer Verantwortung stellen! Und Sie sollten dabei nicht vergessen, wer unsere Stadt in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in diese Haushaltssituation gebracht hat: nämlich genau Sie!

Und wenn Sie, meine Damen und Herren der Union, alle möglichen Risiken an die Wand malen, warum wir das Ziel „Haushaltsausgleich“ nicht erreichen, dann nehmen Sie zur Kenntnis: „die Kommunale Finanzkrise ist dauerhaft überwunden!“ Nun, Sie wissen sicherlich: ich bin ein vorsichtiger Mensch. So weit würde ich mich nicht aus dem Fenster lehnen. Diese Aussage ist ein Zitat und stammt vom Vorsitzenden der Bundes – KPV, also der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU, Peter Götz in der Dezember – Ausgabe der Kommunalpolitischen Blätter der KPV. Deshalb, meine Kolleginnen und Kollegen der CDU: gehen auch Sie mit Zuversicht an die größte Aufgabe der nächsten Jahre und trauen Sie den Worten Ihres großen Vorsitzenden!

Ja, es ist wahr: Die seit Anfang Dezember angekündigten Kürzungen der Gelder des Stärkungspaktes für unsere Stadt durch das Land sind alles andere als eine erfreuliche Nachricht. Und ich fordere alle Beteiligten – vom Oberbürgermeister und Vorsitzenden des Nordrhein – Westfälischen Städtetages bis zu den Landtagsabgeordneten – auf, das mit Nachdruck zu tun, was ich namens der SPD – Ratsfraktion ebenfalls getan habe: die Landesregierung und den Landtag aufzufordern, die beabsichtigten Kürzungen zurück zu

nehmen! Wir haben in unserer Stadt ebenso wie andere betroffene Städte ein umfangreiches und schwieriges Paket mit dem HSP auf den Weg gebracht, um die Ziele des Stärkungspaktes zu erreichen. Das war schwer und ist für viele Beteiligte eine Zumutung. Jetzt das Kompromisspaket wieder aufzuschnüren, wäre noch schwieriger. Eine Kürzung der Hilfen in den Jahren 2014 bis 2018 allein von jeweils ca. 6 Mio. € jährlich ist schwer zu bewältigen. Ich gehe davon aus, dass sich der Landtag im Januar nochmals intensiv mit der Situation insbesondere der Städte beschäftigen wird, die jetzt negativ betroffen sind. Ich will jedenfalls betonen, dass diese negativen Änderungen für unsere Stadt nicht durch eigene Rechen- oder Statistikfehler verursacht sind und deshalb Vertrauensschutz gewährt werden sollte.

Ich wiederhole aber auch gleichzeitig nochmal, dass wir dieser Landesregierung und der Mehrheit im Landtag dankbar sind, dass wir diese große finanzielle Unterstützung bekommen und darf daran erinnern, dass sich die Haushaltslage unserer Stadt schon vor dem Stärkungspakt durch die erhöhten Mittel des Landes von ca. 50 Mio. € jährlich ab 2010 deutlich verbessert hat.

Und uns wird zugute kommen, dass endlich auch der Bund seine Verantwortung den Kommunen gegenüber erkannt hat. Insbesondere wenn die Eingliederungshilfe ab 2014 übernommen wird, werden wir wieder besser in der Lage sein, die sozialen Lasten, die nicht kommunal verursacht sind, in der Stadt zu schultern.

Die SPD – Fraktion hält jedenfalls am Ziel des Stärkungspaktes fest! Wir sehen deutlich Licht am Ende des Tunnels, was die finanzielle Situation der Stadt angeht. Dafür lohnt es sich zu kämpfen und zu arbeiten!

Und ich empfinde es als Bestätigung, wenn im IHK – Magazin vom November von einer Umfrage der Wirtschaftsunioren in Mönchengladbach bei mehr als 500 Passanten berichtet wird: „Gladbach verändert sich eher zum Guten“, heißt der Artikel. 42 Prozent der Befragten geben sich optimistisch, nur 7 Prozent sehen die Zukunft eher pessimistisch. Neben den baulichen Veränderungen bei den Arcaden und in Rheydt wird dabei auch die Haushaltssituation beurteilt.

Richtig ist auch, dass die Bürger z.B. große Chancen in der Förderung von Kooperationen mit Nachbarstädten sehen. Das sehen wir genau so. Wir haben letzte Woche im Hauptausschuss über künftig noch bessere Zusammenarbeit mit anderen Städten im Bereich der EDV gesprochen. Und ich persönlich stehe diesbezüglich mit dem Düsseldorfer Kämmerer Manfred Abrahams – in Mönchengladbach kein Unbekannter – in Kontakt. Im Rahmen kommunaler Zusammenarbeit lässt sich hier wie auf anderen Gebieten, Geld einsparen. Deshalb wird dieser Weg von uns auch konsequent verfolgt und unterstützt. Entgegen den vielen Verlautbarungen der CDU ist die Stadt in der interkommunalen Zusammenarbeit gut aufgestellt.

Ein weiterer Punkt, der von den befragten Bürgerinnen und Bürgern positiv belegt wird, ist die Forderung nach Verbesserungen im Bildungsbereich. Diesen Weg geht die Gestaltungsmehrheit konsequent. Der Ausbau von Kitas und U – 3 – Betreuung hat absolute Priorität. Sie haben deshalb festgestellt, dass in diesen Bereichen - sowohl im investiven als auch konsumtiven Teil – viel Geld ausgegeben und eben nicht gespart wird.

Und das Thema Bildung ist auch genau der Bereich, in dem die einzige Änderung durch die Mehrheit in der Investivliste vorgenommen worden ist. Wir wollen auch und gerade im Haushalt 2013 das feststellen und absichern, was wir vereinbart haben: wir wollen gemeinsam eine neue Bibliothek in Mönchengladbach! Dazu stellen wir neben den bereits im Haushalt 2013 für Planung ausgewiesenen 800.000 € in den Jahren 2013 und 2014 weitere über 900.000 € für Planungskosten bereit. Diese Mittel werden ausreichen, um die Planung einer Bibliothek in vollem Umfang abzusichern.

Die Investitionskosten einer neuen Bibliothek können bei solider Haushaltspolitik noch nicht dargestellt werden. Ich verweise hierzu auf den Ratsbeschluss vom März diesen Jahres. Hier ist die Verwaltung aufgefordert worden, die drei wichtigen Fragen für einen Neubau zu klären:

- Wie sieht eine moderne Bibliothek – oder Mediathek – der Zukunft aus und welchen Raumbedarf erfordert sie?
- Wo ist der richtige Standort? Und
- Wie kann sie finanziert werden?

Gerade im letzten Teil der Aufgabenstellung an die Verwaltung sollen ausdrücklich auch Alternativen zu einer Finanzierung im Investitionshaushalt untersucht werden.

Die Vorlage der Verwaltung steht, wie Sie wissen, noch aus. Die SPD – Fraktion geht davon aus, dass wir so schnell wie möglich die Vorlage bekommen. Dann werden wir die verschiedenen Alternativen diskutieren und entscheiden. Und ich darf an der Stelle dann mal anmerken, dass ich festgestellt habe, dass dann, wenn die „Masterplaner“ in den letzten Tagen und Wochen auch immer wieder vom Stellenwert einer neuen Bibliothek gesprochen haben, kein Widerspruch von wem auch immer gekommen ist.

Das heißt, klare Aussage: wir wollen eine neue Bibliothek, die modernen Anforderungen genügt. Und wir stellen mit diesem Haushalt 2013 die Planungsmittel zur Verfügung, die sicherstellen, dass sofort nach dem politischen Beschluss die Planung in Angriff genommen werden kann.

Zum Stichwort „Masterplaner“ noch ein Wort zum Schluss. Ich möchte mich an dieser Stelle für die SPD – Fraktion ausdrücklich bei den Initiatoren bedanken. Ich will nicht das große Wort einer „Neugründung der Stadt“ in den Mund nehmen. Aber die Überplanung mit dem Blick von Außen eröffnet für die Stadt neue Perspektiven. Das ist ein großes Engagement von Bürgern unserer Stadt für unsere Stadt. Auch die Entwicklung der Planung unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Politik ist vorbildlich gewesen.

Wir müssen nun von Seiten der Politik in den nächsten Wochen und Monaten sozusagen die Vorlage aufnehmen und verwandeln. Viele positive Ansätze sind aufgezeigt worden. Wir werden die Vertreter der Masterplaner im Januar in unserer Fraktion haben und mit Ihnen intensiv die Vorstellungen diskutieren.

Ich habe bereits letzte Woche intern und öffentlich gesagt, was ich namens der SPD – Fraktion gerade im Zusammenhang mit der Haushaltsberatung wiederhole: die SPD wird darauf achten, dass die Masterpläne auch in der Praxis umsetzbar und finanzierbar sein müssen. Uns nützen keine tollen bunten Pläne, die in den Schubladen liegen bleiben. Wir wollen in der Stadt Projekte umsetzen und verwirklichen und keine Brachen an zentralen Stellen haben.

Wir waren bereit und sind bereit, die guten Ideen aufzunehmen. Das wird nicht immer eins zu eins geschehen können. Das wissen auch alle Beteiligte. Deshalb wird man in der Praxis immer wieder Kompromisse eingehen müssen. Genau das haben wir im Fall „City – Ost“ vorgeschlagen. Mit einem willigen Investor. Wir wollen die Stadt nach vorne bringen. Auch mit den Masterplanern. Wir halten aber z.B. die vorgelegten Pläne zur „City – Ost“ für nicht realistisch. Die vorgelegten Pläne kosten die Stadt viel Geld. Geld für Grundstückserwerb für Grünflächen. Viel Geld für die Erschließung. Und viel Geld für die nachhaltigen Kosten der Grünpflege. Ich habe bisher jedenfalls keinen Hinweis auf die Finanzierung dieser Kosten gehört.

Mit der Verabschiedung des HSP und des Haushalts 2013 in diesem Jahr schaffen wir die Grundlagen für eine solide Finanz- und Haushaltspolitik in den nächsten Jahren. Nur mit dieser soliden Haushaltspolitik schaffen wir wieder Perspektiven und Zukunftsfähigkeit für unsere Stadt. Schaffen wir letztlich auch die Möglichkeit, insbesondere notwendige Ausgaben für Bildung und Stadtentwicklung zu tätigen. Die SPD – Fraktion wird deshalb dem Haushalt 2013 und der Fortschreibung des HSP zustimmen.

Wie sagte die Mehrheit der über 500 Passanten bei der Befragung durch die Wirtschaftsunioren so richtig: „Gladbach verändert sich zum Guten“.